

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Ortsumgehung Stein

SPD-Stadtrat kritisiert Vorgehen der Staatsregierung

Mit Unverständnis reagiert der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Brehm auf die Aussage der Staatsregierung, die umstrittene Südumgehung der Stadt Stein für den Bundesverkehrswegeplan anzumelden. „Im Februar hat der Verkehrsausschuss des Nürnberger Stadtrats parteiübergreifend deutlich gemacht, dass er weder von dem Vorgehen noch von der Planung etwas hält“, unterstreicht der SPD-Stadtrat. „Es kann nicht angehen, dass die Stadt Nürnberg an der Konzeption für die Tunnellösung nicht beteiligt wird, obwohl mit nennenswerten Auswirkungen auch auf dem Nürnberger Stadtgebiet zu rechnen ist.“

Das städtische Verkehrsplanungsamt führte bereits aus, dass eine südöstliche Ortsumgehung von Stein, die in die Wiener Straße auf Nürnberger Stadtgebiet mündet, gravierende Veränderungen in der Verkehrsverteilung und eine Verkehrszunahme auf Nürnberger Stadtgebiet zur Folge hätte. Zwar könnte die Verkehrsmenge in der Ansbacher Straße leicht abnehmen, dafür würde aber der Verkehr in anderen Stadtvierteln und Straßen mit angrenzender Wohnbebauung zunehmen. So würde sich z.B. eine neue Route aus den südöstlichen Stadtteilen und dem südöstlichen Umland über den Marthweg, die Wiener Straße und die Eibacher Hauptstraße Richtung Westen ergeben.

„Bei der ersten Beratung blieb das staatliche Bauamt so viele Antworten schuldig, dass wir von Nürnberger Seite nur bei einer Ablehnung bleiben können. Zudem macht sich der Freistaat nicht die Mühe, seine Planungen auf das Hafenverkehrskonzept der Stadt Nürnberg abzustimmen“, kritisiert Brehm und fordert deswegen ein breites Beteiligungsverfahren, bei dem alle offenen Fragen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Stadt Nürnberg geklärt werden.

Ziel einer südlichen Ortsumfahrung von Stein soll die Entlastung der Steiner Ortsdurchfahrt vom Durchgangsverkehr sein. Offizielle Verkehrszählungen belegen aber, dass der Hauptanteil der Fahrzeugmenge in Stein nicht Durchgangsverkehr, sondern Ziel- und Quellverkehr der Stadt Stein selbst ist. Dazu kommt Pendlerverkehr von Stein mit Bezug zu Nürnberg.

„Es wäre deshalb nachhaltiger, wenn sich der Freistaat an einer Sonderfinanzierung für eine Verlängerung der U-Bahn-Linie 2 nach Stein beteiligen würde“, meint Brehm und verweist auf die geschätzten Investitionskosten von 118 Millionen Euro, die damit niedriger liegen als die 131 Millionen bei dem Straßenbauprojekt.

Nürnberg, 18. August 2014